

Zunächst erläuterte Herr Gleß dem Ausschuss, warum diese Vorlage in diesem Ausschuss beraten und beschlossen werden soll.

Frau Leitterstorf stellte die Fragen, was dieser Ausschuss genau beschließen soll, nach welchen Kriterien wird die Prioritätenliste erstellt, welche Kosten verursacht die Gesamtmaßnahme und wie hoch ist die Förderung. Herr Gleß nahm hierzu wie folgt Stellung:

Über die Höhe der Kosten für die Gesamtmaßnahme kann natürlich zum heutigen Zeitpunkt noch keine Aussage getroffen werden, da nun erst Untersuchungen durchgeführt werden können, was wo zu machen ist. Die Förderung hierfür beträgt maximal 80 % der zuwendungsfähigen Projektkosten. Der Ausschuss soll nun beschließen, dass das Klimaschutzteilkonzept bezogen auf die öffentlichen Gebäude durchgeführt wird und dass dann seitens der Verwaltung ein entsprechender Untersuchungsauftrag erteilt werden kann. Dieser Auftrag wird unter 50.000 € liegen, so dass dieser im Rahmen der laufenden Geschäfte der Verwaltung erteilt werden kann.

Herr Rauchalles stellte die Frage warum die GS-Menden, Siegstraße nicht in der Liste sei aber das Sportzentrum Menden. Die GS-Menden Siegstraße ist unter dem Gebäude Hauptschule Menden miterfasst. Das Sportzentrum wird unter der Berücksichtigung des möglichen Abrisses mit untersucht; diese Untersuchung hat jedoch keine Auswirkungen auf die Auftragshöhe. Es ist aufgrund der Förderrichtlinien mit in die Liste aufgenommen worden.

Auf die Frage von Herrn Günther, warum z.B. der städt. Bauhof nicht erfasst sei, teilte Herr Gleß mit, dass im Vorfeld eine gewisse Vorauswahl getroffen werden musste. Diese Liste könne aber erweitert werden.

Die Frage von Frau Leitterstorf bezüglich der Auswahl des Büros wird wie folgt beantwortet: Das Büro für Natur und Umweltschutz hat nach Erkundigung bei der Energieagentur NRW 4 Büros ausgesucht und angeschrieben. Nach Überprüfung der abgegebenen Angebote hat dann das Büro mit dem wirtschaftlichsten Angebot den Auftrag erhalten (Büro Energiecontrol).

Nach einer kurzen, sachlichen Aussprache, in der seitens der Verwaltung noch verschiedene Verständnisfragen beantwortet wurden, fasste der Ausschuss, nachdem der Ausschussvorsitzende daraufhingewiesen hatte, dass im Beschlussvorschlag der Name des Ausschusses entsprechend zu ändern sei, folgenden Beschluss: